

In dieser Ausgabe:

- EU-Sozialpakt 1
- EU in der Krise 2
- Aktionstage 3
- Europawahlen 4
- News & Infos 5
- Tipps & Termine 6

Liebe Leserinnen und Leser!

Herzlich willkommen bei „Blickpunkt Europa“, dem neuen Informationsangebot des DGB-Bereichs Europapolitik. 2009 steht Europa vor vielen Herausforderungen: von der Wirtschaftskrise über die Europawahl bis hin zur Wahl der neuen EU-Kommission. Unser Newsletter informiert Sie künftig kurz, präzise und verständlich über für ArbeitnehmerInnen wichtige Entwicklungen in der Europapolitik und europapolitische Positionen und Aktivitäten des DGB.

*Ihre Gabriele Bischoff,
DGB-Bereichsleiterin
Europapolitik*



Ein neuer Sozialpakt für Europa

Damit sich die Finanz- und Wirtschaftskrise nicht zur sozialen Krise ausweitet, fordern die europäischen Gewerkschaften einen neuen Sozialpakt für Europa, der die Menschen schnell und nachhaltig schützt.

Nicht erst seit Beginn der aktuellen Krise ist in Europa „die Balance zwischen sozialer Gestaltung und dem Ausbau des Binnenmarktes massiv gestört“, stellt der DGB-Vorsitzende Michael Sommer fest. Seit einiger Zeit machen sich DGB und EGB deshalb für eine „soziale Fortschrittsklausel“ in allen europäischen Grundlagenverträgen stark. „Wir brauchen ein Europa, das für alle Bürgerinnen und Bürger und nicht nur für die Wirtschaft attraktiv ist. Soziale Grundrechte müssen grundsätzlich Vorrang vor den Binnenmarktfreiheiten haben und in einer sozialen Fortschrittsklausel in den Verträgen verankert werden“, erklärt Sommer. Angesichts der massiven Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Menschen in Europa reicht das allein aber nicht mehr aus. Die europäischen Gewerkschaften fordern deshalb einen umfassenden Sozialpakt für Europa, der verbindliche Vorgaben für mehr und bessere Jobs und eine nachhaltige Sozialpolitik enthält.

Handlungsbedarf sehen die Gewerkschaften auf vielen Politikfeldern. So sollte die Europäische Beschäftigungsstrategie künftig vor allem auf die Bewältigung der Krise ausgerichtet werden – mit sinnvollen arbeitspolitischen Maßnahmen wie „Kurzarbeit statt Entlassungen“ und einem „Schutz-

schirm für Ausbildungsplätze“. Ebenso muss das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ im Rahmen eines Sozialpaktes europaweit durchgesetzt werden. Dazu bedarf es einer Revision der Entsenderichtlinie. Um schnelle Hilfe leisten zu können, müssten zudem der Europäische Sozialfonds und der Globalisierungsfonds an die Herausforderungen der Krise angepasst werden.



Auch EU-Wirtschaftskommissar Joaquin Almunia erklärte nach einem Meinungsaustausch mit dem DGB-Bundesvorstand am 7. April in Berlin, dass die EU Strategien entwickeln müsse, um den negativen Folgen der Krise auf Beschäftigung und Sozialsysteme zu begegnen. In der Praxis ist davon aber noch wenig zu erkennen (Seite 2). Die deutschen Gewerkschaften seien sich mit Almunia einig, dass am Ende der Krise ein neuer Sozialpakt für Europa stehen müsse, sagte Sommer. Uneins sei man aber darüber, wie er gestaltet sein muss. „Wir werden nicht hinnehmen, dass Arbeitnehmerrechte weiter hinter den Binnenmarktfreiheiten zurück stehen“, betonte Sommer. „Wir brauchen einen Vorrang für Arbeitnehmerrechte – vor allem für das Streikrecht, die Tarifautonomie und die Koalitionsfreiheit.“

Gewerkschaften demonstrieren europaweit

Mit europaweiten Aktionstagen vom 14. bis 16. Mai wollen die europäischen Gewerkschaften ein deutliches Zeichen dafür setzen, dass Leidtragende der Krise nicht die ArbeitnehmerInnen sein dürfen. Unter dem Motto „Die Krise bekämpfen“ rufen DGB und EGB im Rahmen der Aktionstage auch zu einer Demonstration am 16. Mai in Berlin auf. „Die Politik muss endlich dafür sorgen, dass die Menschen wieder im Mittelpunkt stehen“, heißt es im gemeinsamen Aufruf von DGB und EGB. Weitere Großdemonstrationen finden am 14. Mai in Madrid, am 15. Mai in Brüssel und am 16. Mai in Prag statt. **Mehr zu den Europäischen Aktionstagen auf Seite 3.**

Beschäftigungsgipfel light

Auch auf ihrem letzten Gipfel am 19./20. März in Brüssel haben die Staats- und Regierungschefs gezeigt, dass sie den Ernst der Lage noch nicht erkannt haben. So haben sie beschlossen, dass am Beschäftigungsgipfel am 7. Mai in Prag nicht wie geplant alle 27 Staats- und Regierungschefs teilnehmen. Stattdessen soll es nur ein Treffen zwischen dem Kommissionspräsidenten, dem Ratspräsidenten und den Sozialpartnern geben. Im Rat konnten sich diejenigen Länder durchsetzen, die glauben: Die EU habe keine Kompetenzen in der Sozial- und Beschäftigungspolitik, die Probleme sollten national gelöst werden. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) und der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss haben die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs scharf kritisiert.



Die Zahl der Woche:
3 000 000 000 000 €
Drei Billionen Euro haben die EU-Staaten bisher aufgewendet, um die Folgen der Krise zu minimieren. 2,3 Billionen Euro machen allein die Risikoschirme und Staatsgarantien für Banken und Finanzinstitute aus.

Europa in der Krise

Europa steht 2009 vor einer Bewährungsprobe: Die EU muss die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit ihrer Gründung bewältigen, gleichzeitig stehen die Wahlen zum EU-Parlament an, und im Herbst muss eine neue EU-Kommission bestimmt werden. Doch ausgerechnet jetzt ist Europa in keiner guten Verfassung und von einem effizienten europäischen Krisenmanagement entfernt denn je.

Mit dem tschechischen Präsidenten Mirek Topolánek hat die EU zurzeit einen Ratspräsidenten, der in seinem Land nur noch kommissarisch die Geschäfte führt. EU-Kommissionspräsident José Barroso scheint vor allem daran interessiert, sich die Unterstützung der Mitgliedstaaten zu sichern, um ab Herbst erneut

der Kommission vorzustehen. Und auch die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten unterschätzen noch die sozialen Folgen der Krise und tun sich schwer, sich auf effektives gemeinsames Krisenmanagement zu verständigen. Doch schon vor der Finanzkrise war die EU der 27 wie gelähmt und war die Akzeptanz der BürgerInnen für das europäische Projekt so gering wie nie zuvor. Kurz: Die EU befand – und befindet



Der EU-Ministerrat scheint ebenso wenig wie die Kommission in der Lage, die Krise zu meistern.

sich noch immer – in der schwersten Legitimationskrise seit ihrer Gründung. Die Gewerkschaften sind überzeugt: Nur ein radikaler Kurswechsel sichert die Zukunft der EU. Eine Regulierung der Finanzmärkte allein reicht nicht. Die EU müsse sich selbstkritisch eingestehen, dass ihre Deregulierungspolitik zur Krise beigetragen hat, sagt Gabriele Bischoff, DGB-Bereichsleiterin für Europapolitik. Und: „Die Beschwörungsfel, Erweiterung und Vertiefung seien gleichzeitig zu leisten, hat sich als Trugbild erwiesen hat.“ Ohne eine neue, erweiterte vertragliche Grundlage wird Europa kaum handlungsfähiger. Bischoff warnt: Europa macht sich selbst überflüssig, wenn es das Krisenmanagement vor allem den Mitgliedstaaten bzw. der globalen politischen Ebene überlässt.

Neue Finanzarchitektur: Nur ein Reförmchen

Monatelang hat eine Expertengruppe unter dem ehemaligen Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF), Jacques de Larosière, über Vorschläge zur Reform der EU-Finanzarchitektur gebrütet. Doch was die Gruppe Anfang April der Öffentlichkeit vorstellte, ist leider kein großer Wurf. Höchstens ein „Reförmchen“, so die „Financial Times Deutschland“, mit dem Larosière nur zaghafte Trippelschritte auf dem Weg hin zu einer einheitlichen Finanzaufsicht in der EU setzt.

Aus Rücksicht vor den Befindlichkeiten der Mitgliedstaaten soll die Dominanz der nationalen Strukturen erhalten bleiben. Die Kontrolle grenzüberschreitender Banken, Versicherungen und Wertpapierfirmen soll weiterhin national organisiert sein. Die nationalen Aufsichtsbehörden werden lediglich aufgefordert, in einem europäischen System der Aufsichtsbehörden den Informations- und

Erfahrungsaustausch zu organisieren. „Die Vorschläge werden den gegenwärtigen Anforderungen nicht gerecht und können daher das Gefahrenpotenzial der Finanzmärkte nicht bändigen“, urteilt der Bereich Wirtschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand.

Dabei fordern sogar die 43 größten international operierenden Finanzgruppen, die mehr als 70 Prozent der Bilanzsumme der europäischen Finanzinstitute halten, die in den 27 Mitgliedsstaaten sehr unterschiedliche geregelte Finanzaufsicht zu vereinheitlichen. „Eine zentrale und mit weitreichenden Befugnissen ausgestattete europäische Aufsichtsbehörde, in der die nationalen Behörden vertreten sind, wäre sinnvoll“, so der DGB. Sie schafft Transparenz und beugt Risiken vor.

Die Verursacher müssen zahlen

Am 16. Mai werden in Berlin nicht nur deutsche GewerkschafterInnen demonstrieren – aus vielen Ländern Europas haben sich bereits KollegInnen angesagt, um im Rahmen der **Europäischen Aktionstage des EGB** unüberhörbar von den nationalen Regierungen und der EU zu fordern: „Die Krise nachhaltig bekämpfen. Wir wollen einen Sozialpakt für Europa! Die Verursacher müssen zahlen.“ Ebenso werden deutsche GewerkschafterInnen aus grenznahen Regionen nach Brüssel oder Prag reisen, um zu zeigen: Die Krise lässt sich nur international lösen – Protektionismus ist keine Lösung.

DGB und EGB fordern unter anderem ein erweitertes Konjunkturprogramm, eine Neuausrichtung der Europäischen Zentralbank auf Wachstum und Vollbeschäftigung, eine strenge Regulierung der Finanzmärkte, höhere Löhne und sichere Renten, einen starken Sozialstaat und mehr Kaufkraft sowie den Vorrang sozialer Grundrechte vor den Binnenmarktfreiheiten in der Europäischen Union.

Zeitplan: **Ab 11 Uhr** finden am Kapelleufer (Hauptbahnhof) und am Breitscheidplatz (Nähe Bahnhof Zoo) die **Auftaktkundgebungen** statt.

Die Demonstrationen setzen sich um **12.30 Uhr** in Bewegung.

Die Hauptkundgebung beginnt um **14 Uhr** an der Siegessäule (Straße des 17. Juni). Dort wird unter anderem der DGB-Vorsitzende Michael Sommer reden.

Hinkommen: Der DGB setzt von vielen Orten in Deutschland Busse oder Sonderzüge ein. Wer diese Angebot nutzen möchte, kann sich bei allen DGB-Gewerkschaften und DGB-Regionen anmelden. Aktuelle Infos: www.dgb.de



Bereits vor dem G20-Gipfel Anfang April in London gingen europaweit Zehntausende Menschen auf die Straße, um für eine gerechte Weltwirtschaft zu demonstrieren. Die größte Demonstration fand mit 35 000 TeilnehmerInnen unter dem Motto „Put people first“ („die Menschen zuerst“) in London statt. Mit dabei: eine Delegation des DGB, gebildet aus ehrenamtlichen Kollegen vom Niederrhein sowie aus dem DGB-Bereich Europapolitik.

DGB: G20-Beschlüsse schnell umsetzen

Als „ein erfreulich konkretes Dokument“, das eine gute Handlungsgrundlage für die EU und die Bundesregierung darstellt, hat der DGB-Vorsitzende Michael Sommer die Ergebnisse des Londoner G20-Gipfels gewürdigt.

Bei ihrem Finanzgipfel am 2. April verständigten sich die G20-Staaten unter anderem darauf, die Finanzmarktaufsicht international zu verbessern. Dazu soll eine neue Institution – das Financial Stability Board (FSB) – geschaffen werden. Jetzt komme es entscheidend darauf an, dass alle Staaten und die EU den Rahmen möglichst schnell mit konkreten Beschlüssen ausfüllen, forderte Sommer. Dann könnte es tatsächlich gelingen, die Finanzmärkte zu regulieren und zu kontrollieren, um künftig Auswüchse und daraus resultierende globale Krisen zu vermeiden. Erforderlich sei ein Finanzprodukte-TÜV, der unseriöse und unsichere Finanzprodukte aufdecke und vom Markt nehme, betonte Sommer. Dafür sei es notwendig, das neue FSB mit entsprechenden Aufgaben und Kompetenzen auszustatten.



Fight the Crisis – Put People First

Im Rahmen der Europäischen Aktionstage des EGB rufen die europäischen Gewerkschaften zu Demonstrationen in Madrid, Brüssel, Berlin und Prag auf. Die Demonstration in **Brüssel am 15. Mai** startet um 12.30 Uhr vor dem Internationalen Gewerkschaftshaus, dem Sitz unter anderem von EGB und IGB. Parallel zur Demonstration in Berlin gehen am Samstag, den **16. Mai auch in Prag** GewerkschafterInnen auf die Straße. Beginn der Aktionen: 12.30 Uhr
Mehr Infos: www.etuc.org

IGB: „Deregulierung zurückdrehen“

Auch der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hat die Beschlüsse des Londoner Gipfels begrüßt. „Die G20 gibt uns die Chance, Jahrzehnte der Deregulierung zurückzudrehen und die Regierungen in ihrer ursprünglichen Rolle neu zu bestärken: Sie müssen gewährleisten, dass die Finanzwirtschaft der Realwirtschaft und damit der Menschheit dient“, sagte der IGB-Generalsekretär Guy Ryder.
www.ituc.org



DGB und EGB rufen zur Europawahl auf
Ohne ein starkes EU-Parlament kann die notwendige Neuorientierung auf ein sozialeres Europa nicht durchgesetzt werden.

DGB-Positionen und EGB-Manifest zur Europawahl:
www.dgb.de



Mit Platz 6 auf der SPD-Liste hat Bernd Lange sehr gute Chancen, ins Parlament einzuziehen.

www.bernd-lange.de



Auch die Aussichten von Jutta Steinruck; Spitzenkandidatin der SPD Rheinland-Pfalz für die EP-Wahlen, sind mit Platz 7 auf der Bundesliste der SPD hervorragend.

www.jutta-steinruck.de

Europawahl: Das soziale Europa stärken

Am 7. Juni wird in Deutschland das Europäische Parlament (EP) gewählt. Alle Bürgerinnen und Bürger haben mit dem Gang zur Wahlurne die Chance, das EP als diejenige EU-Institution zu stärken, die in Zeiten neoliberaler Mehrheiten in Europa immer wieder Arbeitnehmerinteressen verteidigt und den Abbau von Rechten verhindert hat. Von der Arbeitszeit über die Gleichstellung der Leiharbeit bis zu den Europäischen Betriebsräten: In der Vergangenheit war das EP immer wieder Motor für den sozialen Fortschritt in der EU.

DGB und Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB) rufen deshalb alle WählerInnen auf, am 7. Juni von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Denn eine hohe Wahlbeteiligung stärkt den Stellenwert des EP und damit auch das soziale Europa.

Vorgestellt: Zwei für Arbeitnehmerrechte in Straßburg

„Blickpunkt Europa“ wird in den nächsten Ausgaben KandidatInnen von verschiedenen Listen vorstellen, die sich im neu gewählten Europäischen Parlament für Arbeitnehmerrechte stark machen wollen. Zum Auftakt haben wir zwei DGB-Beschäftigte, die auf der SPD-Liste kandidieren, gefragt, welche Schwerpunkte sie im EP setzen wollen.

Bernd Lange, 53, Abteilungsleiter „Wirtschaft, Umwelt und Europa“ beim DGB Niedersachsen – Bremen – Sachsen/Anhalt, ist ein alter Hase in Sachen Europapolitik: Er gehörte bereits von 1994 bis 2004 dem EU-Parlament an. Lange ist überzeugt, dass es Zeit ist „für eine solidarische Erneuerung der Europäischen Union“.

„Im EU-Parlament werde ich mich für eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte einsetzen. Für mich steht fest: Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können – alles andere ist unwürdig, deshalb brauchen wir Mindestlöhne. Es muss klar sein, dass gleiche Arbeit am gleichen Ort auch gleich bezahlt wird. Nur starke europäische Betriebsräte ermöglichen Mitbestimmung am Wirtschaftsleben, auch das VW-Gesetz muss erhalten bleiben. Ich werde dazu beitragen, dass die Arbeitsplätze in der für Niedersachsen so wichtigen Automobilindustrie fit für die Zukunft gemacht werden. Zur Begrenzung der Klimaerwärmung möchte ich mehr für erneuerbare Energien und Energieeffizienz tun. Das schafft zukunftssichere Arbeitsplätze. Der Zugang zu einer guten Grundversorgung für alle muss gesichert sein. Deshalb trete ich für Sparkassen, Stadtwerke, ÖPNV und Wasserversorgung in kommunaler Verantwortung ein. Dass es ohne Europa nicht geht, ist angesichts der globalen Finanzkrise mehr als deutlich geworden. Ich setze mich ein für klare Finanzmarktregeln und gemeinsames wirtschaftspolitisches Handeln.“

Jutta Steinruck, 46, Vorsitzende der DGB-Region Vorder- und Südpfalz, kennt das politische Geschäft von der Pike auf. Die alleinerziehende Mutter ist in zahlreichen Verbänden ehrenamtlich. Seit 1999 sitzt sie im Stadtrat von Ludwigshafen, seit 2006 ist sie SPD-Landtagsabgeordnete in Rheinland-Pfalz.

„Als Sozialpolitikerin und Gewerkschafterin setze ich mich für mehr Arbeitsplätze und gute Arbeit ein. Dazu gehört auch, dass die Chancengleichheit in Bildung, Arbeit, Beruf und Gesellschaft weiter ausgebaut wird. Die Verbundenheit zu meiner Heimat, mein ehrenamtliches Engagement und meine beruflichen Erfahrungen haben mich geprägt. Sie haben mir gezeigt, dass es sich lohnt, sich für die Menschen einzusetzen. Und dass man gemeinsam mit Gleichgesinnten viel bewegen kann. Ich werde mich in Brüssel und Straßburg einsetzen für sichere, gesunde und anständig bezahlte Arbeitsplätze in Europa. Ich werde für die Gleichstellungsbelange von Frauen, insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, arbeiten. Und ich werde mich für die bessere Integration von Minderheiten in der Europäischen Union stark machen.“

Reader zur Europawahl: Der DGB-Bereich Europapolitik hat einen Reader mit Hintergrundmaterial – mit Positionen, Dokumentationen, Redebausteine, Musterartikeln und vielem mehr – zusammengestellt. Gewerkschaftsbeschäftigte finden ihn auf der gemeinsamen Aktionsplattform der Gewerkschaften. Infos: steffi.vogel@dgb.de
Mehr Infos zur Europawahl gibt es außerdem im nächsten **Blickpunkt Europa**.

Keine Einigung in Sachen Arbeitszeit

Das Europäische Parlament (EP) und der EU-Ministerrat konnten sich bislang nicht auf einen Kompromiss über die maximale Arbeitszeit in der EU einigen.

Bereits zweimal tagte im April der Vermittlungsausschuss, gebildet aus VertreterInnen des EP und der Mitgliedstaaten, ohne ein Ergebnis zu erzielen. Am 23. April tritt der Ausschuss erneut zusammen. Bis zum 28. April haben EP und Ministerrat noch Zeit, im Rahmen des Schlichtungsverfahrens eine gemeinsame Position zu finden.

Hintergrund des Konfliktes: Das EU-Parlament will an der 48-Stunden-Woche als maximaler Arbeitszeit festhalten und hat sich gegen einen Einstieg in die generelle 60-Stunden-Woche ausgesprochen. Dagegen hatte sich zuvor der EU-Ministerrat darauf verständigt, in Ausnahmefällen sogar bis zu 65 Wochenstunden Arbeit zu erlauben. Strittig ist zwischen EP und Ministerrat auch die Bewertung der Bereitschaftsdienste etwa in Krankenhäusern oder bei Wachdiensten. Das Parlament will auch „inaktive“ Bereitschaftszeit als Arbeitszeit anerkennen und bezahlen. Der Rat fordert, aktive und inaktive Phasen zu trennen.

Dem Konflikt vorausgegangen ist ein bisher einmaliger Akt auf EU-Ebene: Erstmals sollte ein bereits bestehender sozialer Besitzstand verschlechtert werden. Der Europäische Gerichtshof hatte zuvor einige Länder kritisiert, weil sie den inaktiven Teil von Bereitschaftsdiensten nicht auf die Arbeitszeit anrechneten. Statt das zu lassen, versuchten die Mitgliedstaaten kurzerhand die Arbeitszeitrichtlinie zu ändern. Doch das EU-Parlament lehnte diese Verschlechterung mit großer Mehrheit im Dezember 2008 ab.



Ohne das Europäische Parlament wäre die 60-Stunden-Woche in Europa längst die Norm. Und auch die Überarbeitung der EU-Richtlinie zu den Europäischen Betriebsräten wäre ohne die Intervention des EP weniger arbeitnehmerfreundlich ausgefallen.

Elternzeit – Durchbruch im sozialen Dialog

Die **europäischen Sozialpartner** – der EGB und die europäischen Arbeitgeberverbände – haben nach über sieben Monaten in ihren Verhandlungen über die **Revision der Elternzeitrichtlinie** aus dem Jahr 1996 ein Ergebnis erzielt. Nachdem die Verhandlungen Ende 2008 ins Stocken geraten waren, ist am 23. März ein kleiner Durchbruch gelungen. Das Verhandlungsergebnis sieht unter anderem vor, das individuelle Recht auf Elternzeit von bisher drei Monaten auf vier Monate für Väter und Mütter zu verlängern. Außerdem soll ein erweiterter modernerer Familienbegriff Anwendung finden und die Flexibilität nach der Rückkehr aus der Elternzeit im Sinne der Beschäftigten verbessert werden. Nun müssen beide Seiten in einem Abstimmungsverfahren bis zur Sommerpause entscheiden, ob sie dieses Verhandlungsergebnis akzeptieren. Ist das der Fall, kann das Ergebnis in europäisches Recht umgewandelt werden. Auch das war schon lang nicht mehr der Fall – zuletzt ist es den Sozialpartnern 1999 gelungen, autonom eine Vereinbarung abzuschließen, die verbindlich für alle Mitgliedstaaten wurde.



++ Kurz notiert ++ Themen ++ Tipps ++ Positionen ++

++ Mit einer deutlichen Mehrheit von 363 zu 266 Stimmen hat sich das EU-Parlament (EP) für eine umfassende **Antidiskriminierungsrichtlinie** ausgesprochen. In Zukunft soll damit auch außerhalb des Arbeitsplatzes die Gleichbehandlung ungeachtet der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung gewährleistet werden. Das betrifft etwa die Bereiche Sozialschutz, Bildung, Transport oder den Zugang zu Dienstleistungen. ++ Die überarbeitete **Richtlinie zu den Europäischen Betriebsräten** wurde zwar bereits im Dezember 2008 von EP beschlossen, auch der EU-Ministerrat war sich einig. Dennoch steht die formelle Beschlussfassung im Ministerrat noch aus. Nachdem die Sprachjuristen nun gecheckt haben, ob alle 22 Sprachversionen der Richtlinie inhaltlich identisch sind, werden voraussichtlich noch im April die EU-Landwirtschaftsminister die Richtlinie endgültig verabschieden. Wenn dann auch das EP die Richtlinie unterzeichnet hat, tritt sie nach Veröffentlichung im Amtsblatt der EU in Kraft. Bis 2011 haben die Mitgliedstaaten Zeit, sie in nationales Recht umzusetzen. ++ In einer **gemeinsamen Erklärung** haben die Generalsekretäre der europäischen Gewerkschaften Kommission und Kandidaten für das EU-Parlament aufgefordert, dem Prinzip **„gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit“** europaweit Geltung zu verschaffen. Dazu sei die Überarbeitung der Entsenderichtlinie sowie eine soziale Fortschrittsklausel in den EU-Verträgen notwendig. Ansonsten sei der soziale Frieden in der EU in Gefahr. Anlass für die Erklärung waren wilde Streiks in England, nachdem bei der Erweiterung der Raffinerie **Lindsey** zunächst nur ausländische und keine britische ArbeitnehmerInnen eingesetzt werden sollten. Mehr: www.dgb.de

DGB Sachsen informiert über Europawahl

Der DGB Sachsen informiert mit einem Flyer und mit einer Internet-Themenseite die BürgerInnen im Freistaat über alles Wissenswerte zur Europawahl – von Porträts der sächsischen KandidatInnen fürs EU-Parlament über wichtige Termine im Vorfeld der Wahl bis zu den Positionen der Gewerkschaften. Auch interaktiv können sich die User an der Site beteiligen und ein Statement abgeben zum Thema: „Ich gehe wählen, weil...“

www.wahlen2009.dgb-sachsen.de

Das Letzte

Für einen Eklat im EU-Parlament sorgte der noch am-



tierende EU-Ratspräsident, der tschechische Ministerpräsident Mirek Topolánek bei einer Rede vor den Parlamentarierern in Straßburg. Als „Weg in die Hölle“ hatte er die Konjunkturpläne von US-Präsident Barack Obama bezeichnet.

Kurz drauf erklärte ein Sprecher, Topolánek sei falsch übersetzt worden. Verwunderlich nur, dass auch die tschechische Nachrichtenagentur CTK das Höllen-Zitat im tschechischen O-Ton verbreitet hatte.

Entsetzt zeigten sich die EU-Parlamentarier quer durch alle Fraktionen aber auch über den Sturz Topoláneks als tschechischer Regierungschef. Das sei eine „Belastung und eine Hypothek“ für die EU, erklärte etwa Jo Leinen (SPD).

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand
Bereich Europapolitik
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin, www.dgb.de

Verantwortlich:
Gabriele Bischoff
gabriele.bischoff@dgb.de

Redaktion:
Anne Graef
DGB-Infoservice einblick
Graewis Verlag
a.graef@einblick.info

Copyright Fotos:
Anne Graef, DGB, EU-Kommission,
EU-Rat, EU-Parlament, SPD,
Großherzogtum Luxemburg

Tipps: Europa im Buch

Rechtzeitig vor den Europawahlen hat Christa Randzio Plath, von 1989 bis 2004 sozialdemokratische Abgeordnete im Europäischen Parlament (EP), das Buch „**Mehr Demokratie in Europa wagen**“ herausgegeben. Das Buch soll der Wahlmüdigkeit der EU-BürgerInnen entgegenwirken und zeigen: Nie war es so wichtig wie heute, das EP mit einer hohen Wahlbeteiligung zu stärken. Prominente AutorInnen stellen anhand verschiedener Themen die besondere Rolle des EP innerhalb der EU-Politik und den künftigen Handlungsbedarf dar. So befasst sich der DGB-Vorsitzende Michael Sommer in seinem Beitrag mit der Europäischen Sozialpolitik und schlussfolgert: „Die Zeit ist reif für einen Politikwechsel!“ (Berlin 2009, Vorwärts Buch, 196 Seiten, 14,95 Euro)

Bereits im März ist das erste **Handbuch** zur überarbeiteten Richtlinie über die **Europäischen Betriebsräte** (EBR) erschienen, das die neue Rechtslage umfassend vorstellt. Wolfgang Greif, Leiter der Europa-Abteilung bei der Gewerkschaft der Privatangestellten in Wien, erläutert die rechtlichen und politischen Grundlagen der EBR, liefert Checklisten für EBR-Vereinbarungen und gibt viele Tipps zur Gründung und zur Praxis von europaweiten Arbeitnehmervertretungen (Wien 2009, ÖGB-Verlag, 320 Seiten, 28,50 Euro).

Schlusswort

„Ich fürchte, dass es nach der Finanz- und Wirtschaftskrise in Kürze eine soziale Krise geben wird, die vor allem durch Massenarbeitslosigkeit geprägt sein wird und Einkommensverluste für viele Menschen bedeutet. Dies kann dazu führen, dass das Vertrauen in das politische System deutlich zurückgeht.“



Daraus könnte ein explosives Gemisch mit dramatischen Folgen für Europa entstehen.“

Jean-Claude Juncker, Premierminister von Luxemburg

Termine

27.4. DGB Nord/DGB Region Schleswig-Holstein-Ost, Europapolitischer Tag, Lübeck

30.4. Interregionaler Gewerkschaftsrat Elbe-Neiße, Empfang „Fünf Jahre gemeinsam in der EU“, Bautzen, anna.bernstorff@dgb.de

4.5. Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Die europäische Aktiengesellschaft“, Düsseldorf
www.boeckler.de

6./7.5. DGB/Friedrich-Ebert-Stiftung/NSZZ/OPZZ, Deutsch-polnisches Gewerkschaftsforum, Danzig

7.5. EU-Beschäftigungsgipfel, Prag

9.5. Europatag der EU http://europa.eu/index_de.htm

9.5. DGB Berlin-Brandenburg, IG BAU, Kabarett und Diskussion mit Europawahl-Kandidat/innen: „Geht's noch?“, Berlin www.berlin-brandenburg.dgb.de

14./15.5. DGB, Kapitalismus-Kongress „Umdenken – Gegenlenken“, Berlin
www.kapitalismuskongress.de

14.5.-16.5. EGB-Aktionstage „Fight the crisis. Put people first“, Berlin, Madrid, Prag, Brüssel
www.etuc.org

16.5. DGB-Demonstration „Die Krise bekämpfen“, Berlin, www.dgb.de

Die nächste Ausgabe von **Blickpunkt Europa** erscheint zum 1. Mai 2009.